

II-4595 - II-4608 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XV. Gesetzgebungsperiode

Nr. 2255 ~~75~~ - 2268/7

1982 -12- 06

A n f r a g e

der Abgeordneten Dr. Leitner, Dr. König, Dr. Keimel, Pischl,
Keller

und Genossen

an den Bundeskanzler

betreffend Überstundenleistungen und deren Umwandlung.

Die Beantwortung der Anfragen der Abgeordneten Dr. Leitner und Genossen betreffend Überstundenleistungen im Bereich der Bundesverwaltung vor ca. einem Jahr, hat gezeigt, daß 1980 in der Bundesverwaltung 34,6 Mio. Überstunden geleistet wurden, für die 6,7 Mrd. S. aufgewendet werden mußten. Die überwiegende Zahl der Minister hat erklärt, daß Mehrdienstleistungen unregelmäßig anfallen und ein Ersatz durch neue Dienstposten kaum möglich erscheint.

Die Regierung hat dann unter dem Eindruck sehr hoher Mehrdienstleistungen in ihrem Verwaltungsbereich beschlossen, daß im Jahre 1982 10% der Überstunden eingespart werden sollen.

In letzter Zeit hat Sozialminister Dallingner neuerdings die Meinung vertreten, daß die Hälfte aller Überstunden im Bereich der Bundesverwaltung regelmäßig anfallen, sodaß eine Umwandlung in Dienstposten möglich wäre. Er hat vorgeschlagen, daß die Regierung in ihrem Bereich die Überstunden stark einschränken soll und dafür 5000 bis 7000 neue Dienstposten zu schaffen wären. Darüberhinaus hat er angekündigt, die günstigere Besteuerung der Überstundenzuschläge beseitigen zu wollen. Diese Besteuerung wird von sozialistischer Seite

**) erging auch an alle anderen Mitglieder der Bundesregierung*

Von der Vervielfältigung und Verteilung dieser - inhaltlich identischen - Anfrage wurde im Sinne des § 23 Abs. 2 GO Abstand genommen.

- 2 -

als gesetzliches Privilegium bezeichnet.

Eine solche Änderung würde vor allem Arbeitnehmer benachteiligen, die an Wochenenden und auch am Sonntag arbeiten müssen.

Mit der Ermöglichung der Teilzeitbeschäftigung pragmatisch Bediensteter, die von einer beachtlichen Zahl gewünscht wird, könnten ohne Belastung des Bundesbudgets und ohne Ausdehnung der Dienstpostenpläne zusätzlich Menschen beschäftigt und gleichzeitig Mehrdienstleistungen eingeschränkt werden.

Um einen Überblick über die geleisteten Überstunden und Mehrdienstleistungen, über den Erfolg der beschlossenen Einsparung 1982 und über die Möglichkeiten bzw. Auswirkungen einer Umwandlung in Dienstposten zu erhalten, stellen die unterfertigten Abgeordneten an den Bundeskanzler folgende

A n f r a g e :

- 1) Wieviele Überstunden und sonstigen Mehrdienstleistungen wurden in den Jahren 1981 und 1982 in Ihrem Ressortbereich geleistet und wie verteilen sich diese auf Zentralverwaltung, auf vorgelagerte Dienststellen und auf Betriebe oder betriebsähnliche Einrichtungen?
- 2) Wie hoch ist der Betrag für Überstunden und Mehrdienstleistungen, der 1981 in Ihrem Ressortbereich erforderlich war?
- 3) Wie hoch ist der Betrag für Überstunden und Mehrdienstleistungen, der in den ersten 10 Monaten des Jahres 1982 in Ihrem Ressortbereich erforderlich war und wie verhält sich dieser im Vergleich zum Vorjahr?

- 3 -

- 4) Wieviele Überstunden bzw. Mehrdienstleistungen wurden 1982 auf Grund des Regierungsbeschlusses eingespart?
- 5) Wieviele der geleisteten Überstunden bzw. Mehrdienstleistungen fallen regelmäßig an?
- 6) Planen Sie in Ihrem Zuständigkeitsbereich eine Ausweitung des Dienstpostenplanes und die Einstellung weiterer Arbeitskräfte anstelle der geleisteten Überstunden und Mehrdienstleistungen?
- 7) Wenn ja, wieviele Dienstposten sollen dabei neu geschaffen werden?
- 8) Wenn nein, warum sind die Vorschläge des Sozialministers nicht zielführend?
- 9) Sind Sie dafür, Teilzeitarbeitsplätze auch für pragmatisierte Bedienstete zu schaffen?
- 10) Wenn nein, warum lehnen Sie die Teilzeitbeschäftigung pragmatisierter Bediensteter ab, obwohl eine solche Maßnahme arbeitsmarktpolitisch erwünscht ist?